

LAND TAGS KURIER

Sächsischer Landtag



Seite 4:
Landtagspräsident
fordert in Neujahrsrede
bodenständige Politik



Seite 15:
Gesprächskreis im
Ständehaus thematisiert
Antisemitismus



Seite 22:
Junge Heimatforscher
stellen ihre Projekte im
Sächsischen Landtag vor

Ausgabe
8.23



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

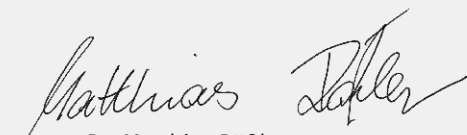
Verehrte Leserinnen und Leser,

für das Jahr 2024 wünsche ich Ihnen ganz persönlich alles Gute, viel Gesundheit und Erfolg. Ein ebenso spannendes wie anspruchsvolles Jahr liegt vor uns. Der Sächsische Landtag wird von Ihnen, den Wahlbürgerinnen und Wahlbürgern, neu gewählt. Mit unserer Friedlichen Revolution 1989 haben wir erkämpft, dass wir heute frei wählen können. Das ist ungemein viel wert. Viele kennen sicherlich noch die Zeiten, als wir in der DDR keine Wahl hatten. Am 1. September dieses Jahres bestimmen Sie erneut in Freiheit über die parteipolitische Zusammensetzung Ihres Landtags. Sie nutzen Ihr demokratisches Recht und legen die politische Macht jenen in die Hände, die stellvertretend für Sie die politischen Geschicke im Land lenken sollen.

In meiner Neujahrsansprache im Sächsischen Landtag habe ich betont, wie wichtig dabei politisches Vertrauen ist. Dem voraus geht immer eine bodenständige und pragmatische Politik, welche die Probleme der Menschen vor Ort anpackt. Die Sachsen erwarten zu Recht politische Lösungen, die von Alltagsvernunft, Verlässlichkeit und Stabilität geprägt sind. Sächsische Landespolitik kann und tut dies. Das Landesparlament fängt über seine Abgeordneten kontinuierlich die gesellschaftlichen Signale im Land auf und setzt sie in politisches Handeln um – bei Schulen und Hochschulen, bei Polizei, Justiz und Behörden, bei der Wirtschaftsstruktur, im Verkehrswesen.

Der Landtagskurier berichtete auch im zurückliegenden Jahr regelmäßig über die Arbeit unseres Parlaments. Die vorliegende Ausgabe stellt die zwei intensiven Plenartage am 13. und 14. Dezember in den Mittelpunkt, in denen der Sächsische Landtag über insgesamt sieben Gesetze abstimmte. Ein für die Sicherheit unseres Freistaates äußerst wichtiges Vorhaben ist dabei die beschlossene Weiterentwicklung des Katastrophenschutzes. Mit der Novelle werden im Koalitionsvertrag vereinbarte Maßnahmen umgesetzt, die den Schutz- und Rettungsdiensten bei ihrer äußerst wichtigen Arbeit helfen sollen. Sachsen hat nun mit der Neufassung des Gesetzes eine der modernsten Regelungen auf diesem Gebiet in ganz Deutschland.

Über das und vieles mehr informiert Sie die neue Ausgabe des Landtagskuriers. Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.


Dr. Matthias Röbler
Präsident des Sächsischen Landtags

»Alltagsvernunft, Verlässlichkeit und Stabilität sind geboten« Neujahrsansprache des Landtagspräsidenten 2024	4
---	---

PLENUM

80. Sitzung des Sächsischen Landtags Fehlende politische Neutralität? AfD kritisiert abermals Fördermittelpraxis im Sozialministerium	5
80. Sitzung des Sächsischen Landtags Bremsklotz oder Stabilitätsanker? Die Schuldenregelungen auf Bundes- und Landesebene sind umstritten	6
81. Sitzung des Sächsischen Landtags Am Tisch mit guten Nachbarn Sachsen und die Tschechische Republik verbindet eine enge Partnerschaft	7
81. Sitzung des Sächsischen Landtags »Fixstern der Menschlichkeit« Debatte anlässlich des 75. Jahrestages der UN-Menschenrechte	8
81. Sitzung des Sächsischen Landtags Wirtschaftsland im Umbruch Kohleausstieg und Mobilitätswende treffen Sachsens Unternehmen	10
81. Sitzung des Sächsischen Landtags Verfassung auf dem Prüfstand Landtag berät über mögliche Änderungen der Sächsischen Verfassung	11

PARLAMENT

Mehr als nur ein neuer Name Die Berufsakademie Sachsen soll zur Dualen Hochschule aufgewertet werden	12
Laufende Gesetzgebung	13

SONDERTHEMA

Großer Wurf im Bevölkerungsschutz Sachsen gibt sich ein modernes Katastrophenschutzgesetz	14
--	----

AKTUELLES

»Es ist sehr beklemmend und erschütternd« Gesprächskreis zu jüdischem Leben und Antisemitismus	16
Advent im Parlament	18
»Nicht wegzudenkende Stütze unserer Gesellschaft« Ehrenamtsempfang im Parlament	20
»Auf dem Land ist es immer schwieriger« Spitzenwert: 82 Bewerbungen um den Sächsischen Integrationspreis 2023	21

JUGEND

Geschichte vor der eigenen Haustür Junge Spurensucher aus Sachsen zeigen ihre Geschichtsprjekte im Landtag	22
---	----

SERVICE

Weitere Informationen des Sächsischen Landtags	24
---	----

Neujahrsempfang im Landtag

Foto: M. Rietschel

// Mit dem traditionellen Neujahrsempfang startete der Sächsische Landtag am 8. Januar in das Jahr 2024. Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner sprach vor zahlreichen Gästen aus Politik, Wirtschaft und dem öffentlichen Leben. Die Sternsinger sagen Lieder der Weihnacht. //



Fotos: M. Rietschel

Dr. Thomas Schubert

»Alltagsvernunft, Verlässlichkeit und Stabilität sind geboten«

Neujahrsansprache des Landtagspräsidenten 2024

// Zu Beginn des Jahres 2024 plädiert Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner für eine bodenständige Politik, die Lösungen für die Menschen vor Ort bietet. //

Im anstehenden Wahljahr, so Landtagspräsident Dr. Röbner, seien alle aufgerufen, sich der Spirale von Polarisierung und Radikalisierung zu widersetzen. Anlässlich des Neujahrsempfangs im Sächsischen Landtag am 8. Januar appellierte er an die zahlreichen Gäste aus Gesellschaft und Politik: »Achten wir die demokratische Streitkultur! Ob nun im Parlament oder außerhalb, ein Mindestmaß an Fairness und moralischem Anstand ist im demokratischen Umgang miteinander unabdingbar.« Zugleich müsse jedoch der politische Wettbewerb gut sichtbar sein. Eine Demokratie brauche die unterschiedlichen

Positionen, ebenso die zuge-spitzten Formulierungen, so Röbner.

Notwendig seien aber ebenfalls »Bodenständigkeit, Pragmatismus und Lösungen, die unmittelbar die Probleme der Menschen vor Ort behandeln«. Die Sachsen erwarteten das zu Recht und Landespolitik könne dies auch leisten. »Sie

erwarten politische Lösungen, die von Alltagsvernunft, Verlässlichkeit und Stabilität geprägt sind – bei Schulen und Hochschulen, bei Polizei, Justiz und Behörden, bei Krankenhäusern, der Wirtschaftsstruktur, dem Verkehr und Straßenbau.«

Wohlstandssicherung, so Röbner, sei kein Selbstläufer. »Wir müssen bei unserem ganzen Tun die Herausforderungen für den Lebensstandard und die Stabilität der sächsischen Bürgergesellschaft beachten.« Das gute Leben, für das die meisten Menschen in Sachsen Tag für Tag hart arbeiteten, sei der zentrale Auftrag an die sächsische Politik. Er spare dabei nicht einen Seitenhieb auf die Berliner Politik aus. Ihr Handeln bewirke weitreichende Vertrauensverluste in Politik auf allen Ebenen.

Nicht nur der grassierende Verdruss gefährde die parlamentarische Demokratie. Sie sei auch von außen durch die Autokratien dieser Welt bedroht. An diesem Punkt dürfe man sich nichts vormachen: »Geht es gegen den Westen, dann geht es immer gegen die freie Ordnung, gegen Rechtsstaat und Demokratie, gegen unser 1989 in der Friedlichen Revolution erkämpftes Lebensmodell.« Röbner, der seit der Wiedergründung des Freistaates 1990 Abgeordneter im Landtag ist, rief dazu auf, sich im Eintreten für die parlamentarische Demokratie niemals beirren zu lassen. »Trotz aller Probleme ist unsere freie, offene, im Kleinen wohlhabende Gesellschaft die beste aller realen Welten. Setzen wir das nicht aufs Spiel!«



// Während des Empfangs überbrachten Sternsingerkinder der Dresdner Pfarrei St. Elisabeth den Segen und sammelten Spenden.



Dr. Daniel Thieme

Fehlende politische Neutralität?

AfD kritisiert abermals Fördermittelpraxis im Sozialministerium

// André Barth // Fotos: O. Killig

80. Sitzung des Sächsischen Landtags



// Alexander Dierks

// Die Aktuelle Stunde am 13. Dezember 2023 begann mit der Debatte: »Was nun, Frau Köpping? Aufarbeitung der Korruptionsaffäre im Sozialministerium!«. Das Thema hatte die AfD-Fraktion auf die Tagesordnung der 80. Sitzung des 7. Sächsischen Landtags gesetzt. In einem Bericht von Anfang Dezember bemängelt der Sächsische Rechnungshof die Fördermittelvergabe des Sozialministeriums. //

zen gezogen worden in personeller Hinsicht, aber auch mit Blick auf das Verfahren und die betreffende Förderrichtlinie.

Unabhängigkeit erwachse, sei Unsinn. Es widerspreche dem im Grundgesetz festgehaltenen Prinzip der Parteiendemokratie.

Persönliche Verbindungen

Der Sächsische Rechnungshof habe Fälle kritisiert, in denen aktiv gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz verstoßen worden sei, stieg André Barth, AfD, in die Debatte ein. Zuwendungen des Sozialministeriums seien an Empfänger geflossen, zu denen persönliche Verflechtungen bestanden. Der spätere Staatssekretär Sebastian Vogel habe beispielsweise an Förderungen an den Ausländerderrat mitgewirkt, dessen Vorsitzender er selbst einmal gewesen sei.

Man werde den Sonderbericht des Rechnungshofes in aller Tiefe auswerten, betonte Alexander Dierks, CDU. Es dürfe nicht der kleinste Zweifel darüber verbleiben, dass der Umgang mit Fördermitteln transparenten Kriterien folge. Das Sozialministerium habe bereits einige Schritte unternommen, um die Missstände abzustellen. Es seien Konsequen-

Skandalisierung statt Aufklärungswille

Rico Gebhardt, DIE LINKE, kritisierte, dass es der AfD mit der Debatte nicht um Aufarbeitung, sondern um Skandalisierung gehe. Unabhängig davon sei es notwendig, rechtswidriges Verhalten in der Regierung und Verwaltung aufzuklären. Dies gelte auch im vorliegenden Fall. Bei der Förderrichtlinie »Integrative Maßnahmen« habe es erhebliche Defizite im Verwaltungsvollzug gegeben. Mittlerweile sei die Richtlinie überarbeitet. Dem Rechnungshof genüge das allerdings weiterhin nicht.

Aus der Sicht von Valentin Lippmann, BÜNDNISGRÜNE, habe das Sozialministerium die Kritik umfassend anerkannt und Maßnahmen vorgelegt, um Ähnliches zukünftig zu verhindern. Mit seinen Ausführungen schieße der Rechnungshof gleichsam weit über seine Zuständigkeit hinaus. Die Darstellung, das aus einer Parteimitgliedschaft einzelner Vorstände der Zweifel an ihrer Neutralität und

Höchste Maßstäbe

Sabine Friedel, SPD, vertrat die Ansicht, dass prinzipiell jeder Arbeitsbereich, bei dem durch das Verhalten oder die Entscheidung eines Beschäftigten ein Dritter einen Vorteil erhalte, korruptionsgefährdet sei. Das gelte für die gesamte Staatsregierung ebenso wie für den Landtag. Aus diesem Grunde gebe es in Deutschland besonders hohe Maßstäbe beim Thema Korruptionsprävention. Diese seien Transparenz, klare Regeln und standardisierte Verfahren.

Es habe nie eine Korruptionsaffäre in ihrem Haus gegeben, stellte Sozialministerin Petra Köpping, SPD, klar. Die zahlreichen Verfahrensfehler, die der Rechnungshof moniert habe, seien anerkannt und abgestellt worden. Die Förderkonzeption und die Förderrichtlinie hätten eine grundlegende Überarbeitung erfahren. Diese Neuaufstellung Sorge indes bei der Sächsischen Aufbaubank (SAB) und vor allem bei den Zuwendungsempfängern für zusätzlichen Aufwand.

Bremsklotz oder Stabilitätsanker?

Die Schuldenregelungen auf Bundes- und Landesebene sind umstritten

80. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Die Fraktion DIE LINKE hatte die zweite Aktuelle Debatte am 13. Dezember 2023 beantragt. Sie lautete: »Wir kürzen uns arm und kaputt: Bund in die Pflicht nehmen – Schuldenbremse als Investitionsbremse raus aus dem Grundgesetz!«. Die Schuldenregelung sieht vor, dass die Haushalte von Bund und Ländern grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen sind. Neben dem Grundgesetz kennt auch die Sächsische Verfassung eine Schuldenbremse. //

Kredite fördern Investitionen

Derzeit würden beispielsweise die USA und China massiv investieren, um ihre Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen sowie die Digitalisierung und die Energiewende voranzutreiben, so Susanne Schaper, DIE LINKE. Der Spareifer der regierenden Parteien in Deutschland hingegen sei absurd. Kredite dienen dazu, Investitionen zu finanzieren, die sich später auszahlen. Es liege in der Verantwortung der Parlamente, diese unsinnige Selbstfesselung der Politik zu beenden.

Nach Ansicht von Peter Wilhelm Patt, CDU, gebe es überhaupt keinen Grund, sich zu verschulden oder die Schuldenbremse auszuhebeln. Notwendig sei es allein, vernünftig zu wirtschaften. Investitionen könnten ebenso aus den jährlichen Steuereinnahmen erbracht werden. Sachsen habe die höchste Investitionsquote aller Bundesländer. Der Freistaat könne jedes Jahr zwischen

15 und 20 Prozent investieren, weil nur in geringem Umfang Schulden getilgt oder Zinsen gezahlt werden müssten.

An Einnahmen orientieren

André Barth, AfD, urteilte, dass die Steuereinnahmen im Freistaat Sachsen und in der Bundesrepublik von Jahr zu Jahr anstiegen. Gleichwohl habe die Politik immer wieder das Bedürfnis, neue soziale Wohltaten zu verteilen. Das staatliche Handeln müsse sich jedoch an den Einnahmen ausrichten. Wichtig sei es, genau zu überlegen, was man sich leisten wolle. Überdies dürfe man die kommunale Ebene nicht vergessen. Sie solle für ihre Aufgaben mehr Geld erhalten.

Valentin Lippmann, BÜNDNISGRÜNE, sah bei der Schuldenbremse Verbesserungsbedarf. Gleichwohl sollte die Regelung nicht leichtfertig aufgegeben, sondern weiterent-

wickelt werden. Die Schuldenbremse zu streichen, würde den Gedanken des europäischen Stabilitätspaktes konterkarieren. Notwendig sei indes mehr Flexibilität, um erforderliche Investitionen zu tätigen. Deutschland müsse angesichts der Aktivitäten anderer Länder mehr tun, um konkurrenzfähig zu bleiben.



// Valentin Lippmann

Veränderte Realitäten

Dirk Panter, SPD, argumentierte, dass die Schuldenbremse überholt sei und man sich der veränderten weltweiten Realität stellen müsse. Es sei richtig, Kredite in guten Zeiten zu tilgen oder Investitionen aus den Steuereinnahmen zu finanzieren. Doch die aktuellen Umstände seien anders. Deswegen müsse über die Schuldenregelungen auf Bundes- und Landesebene gesprochen werden. Dies sei auch eine Frage der Generationengerechtigkeit.

Die derzeit zur Schuldenbremse geführten Diskussionen liefen zu einseitig, so Finanzminister Hartmut Vorjohann, CDU. Es gehe fast immer nur um zusätzliche Kreditaufnahmen und damit die Einnahmen der öffentlichen Haushalte. Vor allem aber die Ausgabenseite bedürfe eines gesellschaftlichen Diskurses. Der Freistaat verfüge über eine deutlich steigende Einnahmehase. Die eigentliche Verantwortung liege somit in der Priorisierung staatlicher Aufgaben.

// Susanne Schaper // Fotos: O. Killig





// Lucie Hammecke



// Sabine Friedel // Fotos: S. Floss

81. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Daniel Thieme

Am Tisch mit guten Nachbarn

Sachsen und die Tschechische Republik verbindet eine enge Partnerschaft

// Den Beginn der 81. Sitzung des 7. Sächsischen Landtags am 14. Dezember 2023 markierte eine Aktuelle Debatte über Sachsens Beziehungen zu Tschechien. Das Thema »Europäische Integration vor Ort: Potenziale der Grenzregionen nutzen – deutsch-tschechisches Regionalforum verstetigen« hatten die BÜNDNISGRÜNEN auf die Tagesordnung gesetzt. Das Forum fand erstmals am 30. November und 1. Dezember 2023 in Chemnitz statt. //

Regionale Mobilität stärken

Lucie Hammecke, BÜNDNISGRÜNE, bemerkte zu Beginn, dass die grenzüberschreitende Mobilität zwischen Deutschland und Tschechien nur schlecht funktioniere. Bus- und Bahnverbindungen endeten zu häufig direkt an der Grenze. Wichtig sei es deshalb, nicht nur auf Prestigeprojekte wie die Bahnstrecke Dresden-Prag zu setzen, sondern auch den Regionalverkehr weiterzudenken. Von Tschechien könne man in dieser Hinsicht lernen und insgesamt die vorhandenen Potenziale besser nutzen.

Marko Schiemann, CDU, wies darauf hin, dass Europa starke Regionen brauche und Brüssel dies endlich erkennen müsse. Vitale Grenzregionen seien der Weg der Zukunft. Als Nahtstellen zwischen den Nationen bewiesen sie, wie gute Zusammenarbeit funktioniere. Wo Menschen sich begegneten, entstünden Kunst und Kultur. Wichtig seien aber auch Wirtschaft und Tourismus. Dies bringe die lange sächsisch-tschechische Außengrenze mit sich.

Ansehensverlust im Ausland

Deutlich kritischer näherte sich Mario Beger, AfD, dem Thema. Mit der Debatte wollten die BÜNDNISGRÜNEN der Europaministerin Katja Meier und der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock eine Bühne im Landtag bereiten. Dabei hätten der deutsche Ausstieg aus der Atomenergie sowie eine grüne Außenpolitik dem deutschen Ansehen in der Welt und in Tschechien erheblichen Schaden zugefügt. Unbenommen dessen sei das Nachbarland ein wichtiger Wirtschaftspartner.

Marika Tändler-Walenta, DIE LINKE, mahnte, dass sich die CDU scheinheilig verhalte, wenn sie einerseits die deutsch-tschechischen Beziehungen lobe, Innenminister Armin Schuster aber andererseits langfristige Kontrollen an der Grenze fordere. Der Schengen-Raum stelle einen Grundpfeiler des europäischen Gedankens dar. Stationäre Kontrollen würden nicht nur die Freiheitsrechte der Menschen auf beiden Seiten der Grenze massiv beschneiden, sie sorgten auch für wirtschaftliche Verluste.

Hürden abbauen

Neben viel Positivem gebe es weiterhin Hürden abzubauen, befand Sabine Friedel, SPD. Ein Beispiel sei der Krankenversicherungsnachweis auf Papier, der bei einem Arbeitsaufenthalt im europäischen Ausland mitzuführen sei. Dies sei umständlich und müsse auch digital möglich sein. Ein anderes Problem sei die Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Es sei nicht nur im Interesse der Wirtschaft, sondern im Hinblick auf Lehrkräfte auch im Interesse des Freistaates, in dieser Sache schneller zu werden.

Das deutsch-tschechische Regionalforum werde die Zusammenarbeit vor Ort voranbringen, zeigte sich Europaministerin Katja Meier, BÜNDNISGRÜNE, überzeugt. Es trage dazu bei, konkrete Probleme in der Grenzregion zu lösen. Auch Sorge es für einen ununterbrochenen und schnellen Draht zwischen den Ebenen und fördere demokratische Strukturen in der Zusammenarbeit. Für den langfristigen Erfolg brauche es kontinuierliche Austauschformate und Konferenzen.

Aktuelle Debatten als Videos

Auf dem YouTube-Kanal des Sächsischen Landtags finden sich die Videos aller Aktuellen Debatten in voller Länge:
www.youtube.com/saechsischerlandtag01

PLENUM



// Frank Richter

81. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Daniel Thieme

»Fixstern der Menschlichkeit«

Debatte anlässlich des 75. Jahrestages der UN-Menschenrechte

// Die SPD-Fraktion wies mit dem Titel »Unverzichtbarer Maßstab politischen Handelns: 75 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte« auf die Verabschiedung des Dokuments am 10. Dezember 1948 durch die Vereinten Nationen hin. Es war die zweite Aktuelle Debatte der 81. Plenarsitzung. //

SPD: Menschenrechte und Demokratie zusammen

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte gehöre zu den größten zivilisatorischen Leistungen der Menschheitsgeschichte. So betrüblich es gewesen sei, dass dieses Jubiläum fast geräuschlos an der Öffentlichkeit vorbeigezogen sei, so froh könne man den-

noch sein, dass dieses Hohe Haus das Ereignis mit der heutigen Debatte würdige, hob Frank Richter, SPD, an. Die Erklärung umfasse individuelle Freiheitsrechte, die zugleich das Recht auf soziale Teilhabe beinhalten. Die genannten Rechte implizierten jedoch auch Pflichten, was ebenso deutlich werde. Die Menschenrechtserklärung könne nicht nur als »Fixstern der Menschlichkeit«

bezeichnet werden, sie sei auch essenziell für die Demokratie. Die Idee, dass Menschen gleich an Würde und Rechten geboren würden, habe sich zur selben Zeit durchgesetzt, wie sich auch das Herrschaftsideal der Demokratie weltweit ausbreitete. Es müsse daher niemanden wundern, dass die Verächter der Menschenrechte auch die Demokratie zerstören wollten.

CDU: Gefahr von Nationalismus und Populismus

Es lohne sich durchaus, einen kurzen Blick auf den Sachstand und die Gefahren zu werfen, die der Durchsetzung der Menschenrechtserklärung aktuell drohten, gab sich Geert Mackenroth, CDU, nachdenklich. Es gebe in diesem Bereich einigen Handlungsbedarf. Eines der größten

// Geert Mackenroth

// Dr. Joachim Keiler

// Rico Gebhardt

// Valentin Lippmann

// Frank Richter // Fotos: S. Floss





www.landtag.sachsen.de

Hindernisse für die weltweite Ausbreitung der Menschenrechte ergebe sich aus der zunehmenden Tendenz zu autoritären Regimen und dem Abbau demokratischer Strukturen. In vielen Ländern würde der Freiheitsbegriff zunehmend repressiver ausgelegt. Die Unterdrückung von Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die Beschneidung der Rechte von Frauen und Andersdenkenden dürfe man aber nicht ignorieren. Laut dem jährlichen Demokratieindex des »Economist« lebten im Jahr 2022 nur noch 37 Prozent der Weltbevölkerung in einer Demokratie. Auch der wachsende Nationalismus und Populismus würden die Menschenrechte fortlaufend untergraben.

AfD: Umsetzung fraglich

Dr. Joachim Keiler, AfD, stellte klar, dass die Menschenrechte formal zum Bereich des Staatsrechts, allenfalls zum Staatsvölkerrecht, gehörten. Die 30 Artikel würden unveräußerliche Rechte festlegen, die laut Präambel eine Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt darstellten. Stand Juli 2019 seien 173 Staaten Vertragspartei dieses internationalen Paktes. Geklärt werden müsse allerdings die Frage, wie der Maßstab der Menschenrechtserklärung in der Politik umgesetzt werde. Denn sie sei weder die einzige Form

der Weltordnungspolitik, noch existiere auf der Welt nur eine einzige Ordnungsstruktur. Abgesehen von der Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam hätten auch Afrikaner, Amerikaner, Araber und Europäer ähnliche, vergleichbare oder teilweise auch abwei-

Würde, Freiheit und Sicherheit zusammenleben wollen. Die Macht von Ideen, wenn sie einmal in der Welt seien, lasse sich kaum überschätzen. Es gebe aber auch Kritiker der Menschenrechte, die behaupteten, die Konventionen seien nur eine Erfindung des Westens

jüngst von Platz 16 auf Platz 21 abgerutscht. Gründe dafür lägen aber nicht vorwiegend im direkten staatlichen Handeln, sondern vielmehr im mangelnden Schutz von Medienvertretern in Deutschland. Doch anders als damals gedacht, sei es eben nicht zunehmend der Staat, der eine freie Berichterstattung einschränke. Es seien vor allem jene Rechtsextreme und Verschwörungstheoretiker, die gegen all das kämpften, was die Errungenschaft einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ausmache. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte sei weiterhin aktuell. Sie müsse aber kontinuierlich mit Leben gefüllt und ihr Geist gemeinsam verteidigt werden.

Staatsregierung: Pflicht sich einzumischen

Katja Meier, Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, BÜNDNISGRÜNE, würdigte die UN-Menschenrechtserklärung als einen wichtigen Leitfaden in der ganzen Welt. Überall beriefen sich Menschen auf die Erklärung, die in mehr als 500 Sprachen und Dialekte übersetzt worden sei. Viele der Rechte, die heute selbstverständlich erschienen, hätten die Menschen in der DDR erst hart erkämpfen müssen. Wenn also heute Andersdenkenden oder Oppositionellen politische Verfolgung drohe, wenn Frauen sowohl das Wahlrecht als auch ein selbstbestimmtes Leben verwehrt werde, dann seien wir als Angehörige eines demokratischen Rechtsstaats in der Pflicht, uns einzumischen. Menschenrechte dürfe man aber nicht nur in anderen Ländern einfordern. Sie bezögen sich auch auf das eigene Land, wo die Menschen ebenfalls erwarteten, dass ihnen Gerechtigkeit widerfahre.

»Wir brauchen nicht unbedingt ein Jubiläum, um uns im Moment daran zu erinnern, wie zeitlos und wie bedeutsam die Anliegen dieser Charta sind.«

// Katja Meier

81. Sitzung des Sächsischen Landtags

chende Konventionen verabschiedet. Dies ergebe sich schlicht aus ihren verschiedenen politischen Systemen und den unterschiedlichen Werten, die in deren Politik gelten würden.

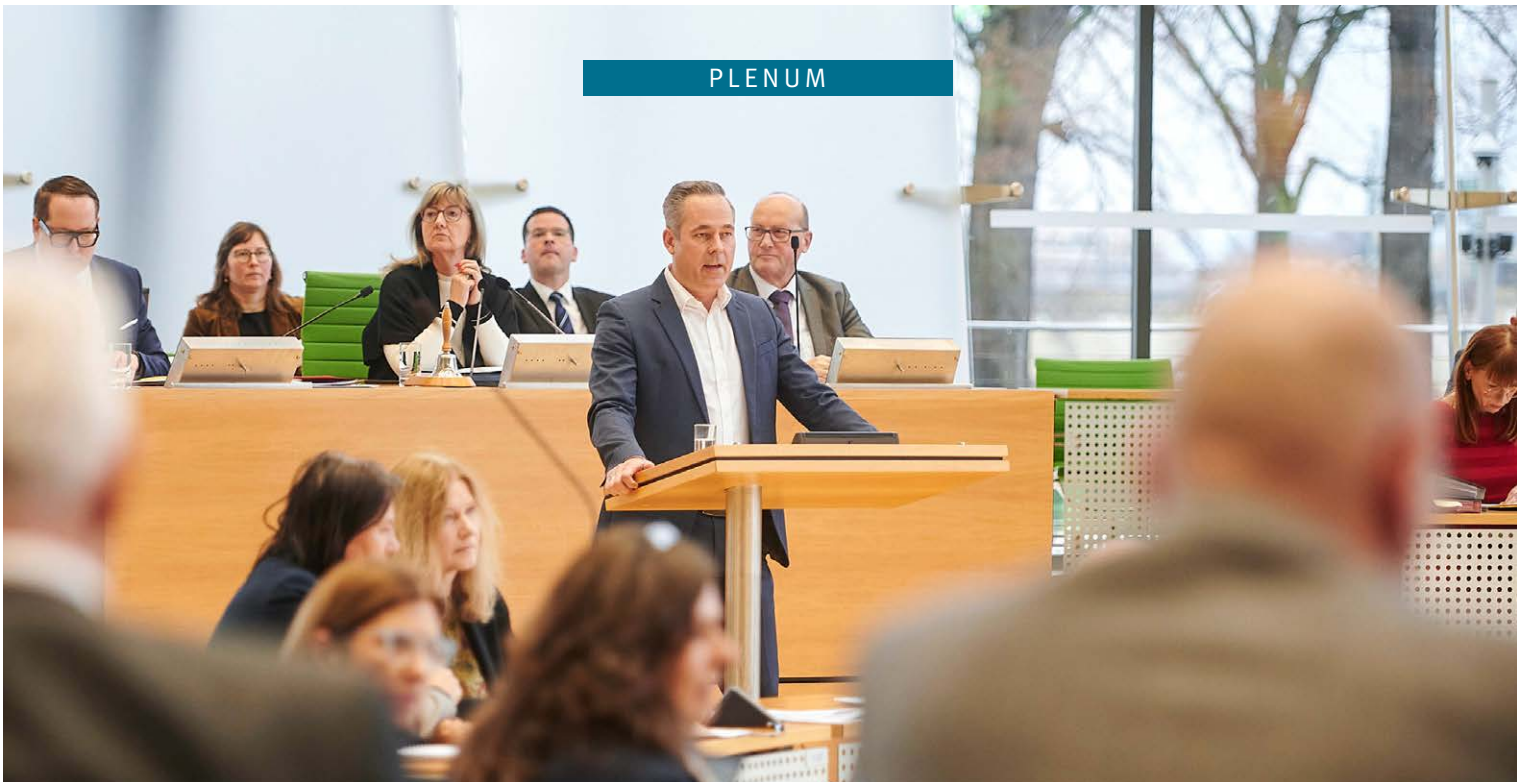
DIE LINKE: Gefahr für Menschenrechtsidee

Rico Gebhardt, DIE LINKE, warnte davor, dass die Idee der Menschenrechte grundsätzlich unter Beschuss gerate. So gebe es Zyniker, die behaupteten, Menschenrechte seien nur eine Illusion und in Wahrheit herrsche die bloße Macht des Stärkeren. Und tatsächlich seien die Menschenrechte zunächst nur ein Ideal. Sie malten das Bild einer Welt von gleichberechtigten Menschen, die in

ohne Gültigkeit für den Rest der Welt. Doch dieser Meinung könne man entgegenhalten, dass kein Mensch, egal, wo er auf der Welt lebe, gefoltert, vertrieben oder ermordet werden wolle. Schließlich gebe es noch die rechtsextremen Verächter der Menschenrechte. Für sie zählten nur die Bürger der eigenen Nation.

BÜNDNISGRÜNE: Ideale mit Leben füllen

Es reiche ein Blick in die Zeitung oder in dieses Parlament, um zu sehen, dass Rechtsextreme täglich an den Fundamenten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung rüttelten, sagte Valentin Lippmann, BÜNDNISGRÜNE. In der Rangliste der Pressefreiheit sei Deutschland



// Jan Hippold // Foto: S. Floss

81. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Daniel Thieme

Wirtschaftsland im Umbruch

Kohleausstieg und Mobilitätswende treffen Sachsens Unternehmen

// In der dritten Aktuellen Debatte am 14. Dezember 2023 befasste sich der Sächsische Landtag auf Antrag der CDU-Fraktion mit dem Thema: »Den strukturellen Wandel in Sachsen erfolgreich gestalten, mit starker Wirtschaft, zukunftsfähiger Infrastruktur und soliden Finanzen«. //

Veränderte Mobilität

Die Abkehr vom Verbrennungsmotor treffe Sachsen als Autoland besonders hart. In der Folge stehe der Autoindustrie sowie Zulieferern, Logistikunternehmen und der Stahlindustrie ein immenser Strukturwandel bevor, eröffnete Jan Hippold, CDU, die Debatte. Dies sei eine noch größere Herausforderung als der Ausstieg aus der Kohleverstromung bis zum Jahr 2038. Um darauf vorbereitet zu sein, bedürfe es entsprechender industriepolitischer Initiativen und breiter Rahmensetzungen.

Die CDU wolle das Bild eines erfolgreichen Strukturwandels und solider Finanzen zeichnen, aber die Realität sei eine völlig andere, entgegnete Thomas Thumm, AfD. Der mit dem Doppelhaushalt 2023/24 fortgeführte

ungebremste Anstieg der Staatsausgaben bei gleichzeitigem Anwachsen der Einnahmerisiken lasse für die Zukunft nichts Gutes erwarten. Wer das Geld mit vollen Händen ausgabe, habe am Ende zu wenig, etwa für die sächsischen Kommunen. Deren Defizit betrage bereits rund 250 Millionen Euro.

Fördern statt sparen

Nico Brünler, DIE LINKE, appellierte an die CDU, beim Strukturwandel der Bevölkerung und der Wirtschaft die Unsicherheiten zu nehmen. Es brauche beispielsweise Mut zu antizyklischer Wirtschaftspolitik. Einerseits halte die Staatsregierung die Hand auf, um an Fördermittel der EU oder des Bundes zu kommen. Im eigenen Haushalt aber würden die Taschen zugeknöpft.

Industriepolitik zu betreiben, heiße nicht, den Markt alles machen zu lassen, sondern Impulse zu setzen. Die jüngste Einigung zum Bundeshaushalt 2024 schaffe Vertrauen und Sicherheit für die Industrie, urteilte Dr. Daniel Gerber, BÜNDNISGRÜNE. Sie gebe Sicherheit für zentrale Anliegen des Klima- und Transformationsfonds der Bundesregierung, wie beispielsweise die Wasserstoffwirtschaft, den Industriestrom, Chipfabriken, E-Auto-

batterien und vieles mehr. Sachsen werde überproportional von diesen Bundesmitteln profitieren. Zugleich würden klimaschädliche Subventionen reduziert.

Mehrwerte schaffen

Dirk Panter, SPD, betonte, dass eine schwarze Null oder gar ein schwarzes Plus nicht generationengerecht sein könnten. Der Eindruck, dass jeder Euro, der nicht ausgegeben werde, auch ein gesparter Euro sei, täusche. Um klug in die Zukunft zu investieren, müssten Strukturen gefördert werden, die einen Mehrwert erzeugten. Seine Partei wolle deshalb in den nächsten zehn Jahren 4 Milliarden Euro für die sächsische Wirtschaft bereitstellen.

Sachsen komme mittlerweile auf 78 Prozent des durchschnittlichen Bruttoinlandsprodukts der Bundesrepublik. 1993 habe das Niveau bei gerade einmal 53 Prozent gelegen, so Finanzminister Hartmut Vorjohann, CDU. Dafür sei viel investiert worden, allen voran in die Infrastruktur. Man habe Wirtschaftskluster entwickelt, die weltweit führend seien. Um den Abstand weiter zu verringern, brauche es Freiheit, um Dinge voranzubringen, weniger Reglementierung und mehr Ermöglichungspolitik.

Dr. Daniel Thieme

Verfassung auf dem Prüfstand

Landtag berät über mögliche Änderungen der Sächsischen Verfassung

// Am 14. Dezember 2023 hat sich der Sächsische Landtag mit einem Gesetzentwurf befasst, der die Änderung der Verfassung des Freistaates Sachsen vorsieht. Eingbracht haben ihn die Koalitionsfraktionen CDU, BÜNDNISGRÜNE und SPD. //



Foto: S. Floss

81. Sitzung des Sächsischen Landtags



Mehr direkte Demokratie, Europabezug und Klimaschutz

Der von der Koalition eingebrachte Gesetzentwurf sieht unter anderem vor, die Volksgesetzgebung zu modernisieren. Das erforderliche Quorum für einen Volksantrag soll künftig bei nur noch 0,6 Prozent der Wahlberechtigten liegen, was etwa 20 000 Stimmen entspricht. Für einen Volksentscheid werden die Anforderungen von 450 000 auf etwa 200 000 Stimmen herabgesetzt. Außerdem soll es die Möglichkeit geben, per Volksklage Entscheidungen des Parlaments vor dem Sächsischen Verfassungsgerichtshof anzufechten. Der Entwurf von CDU, BÜNDNISGRÜNEN und SPD sieht ferner vor, die Sächsische Verfassung um ein Bekenntnis zum geeinten Europa, ein Gleichberechtigungsgesetz sowie ein absolutes Benachteiligungs-

verbot zu ergänzen. Den Schutz des Klimas wollen die Fraktionen als Staatsziel festschreiben. Weiterhin werden in der Novelle die Bestimmungen zur Wahl der Verfassungsrichter konkretisiert.

Ergebnis langer Verhandlungen

Sören Voigt, CDU, betonte, dass Sachsen eine hervorragende Verfassung habe. Sie sei ein stabiles Fundament und solle deshalb weitgehend bewahrt werden. Wo allerdings Handlungsbedarf bestehe, gelte es nachzusteuern, um sie für die Zukunft abzusichern. Die Koalition habe über zweieinhalb Jahre gut und intensiv verhandelt und am Ende einen Kompromiss erzielt.

Insbesondere mit der Absicht, Klimaschutz als Staatsziel festzuschreiben, setzte sich Dr. Joachim Keiler, AfD, auseinander. Er drückte seine Sorge aus, dass dies den Boden für weitere dirigistische Maßnahmen bereite. Symptomatisch seien etwa die Klagen der Deutschen Umwelthilfe, die versuche, klimapolitische Sofortprogramme wie das Tempolimit durchzudrücken.

Einigermaßen verwundert zeigte sich Rico Gebhardt, DIE LINKE. Denn noch im Oktober habe Ministerpräsident Michael Kretschmer verkündet, dass es in dieser Legislaturperiode keine Verfassungsänderung mehr geben

werde. Positiv befand er allerdings, dass der Klimaschutz als Verfassungsziel aufgenommen werden solle. Eine Reform benötige seiner Ansicht nach auch die Schuldenbremse.

Freiheit der nächsten Generation

Die Erweiterung der Verfassung um den Begriff des Klimaschutzes verteidigte Valentin Lippmann, BÜNDNISGRÜNE. Es gehe nicht nur um die eigene Freiheit, sondern auch um die der kommenden Generationen. So entspräche es der jüngeren Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Der Staat müsse der Gefahr der unverhältnismäßigen Beeinträchtigung künftiger Freiheiten begegnen.

Sabine Friedel, SPD, äußerte die Hoffnung, dass der Gesetzentwurf nicht mehr und nicht weniger als einen kleinen Nutzen stiften solle. Wenn er eine ausreichende Zustimmung finde, werde es für die Bürger einfacher, mit Volksanträgen und Volksbegehren Impulse für die Gesetzgebung zu geben.

Nach der ersten Beratung wurde der Entwurf an den Ausschuss für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung überwiesen. Um die Verfassung zu ändern, müssen zwei Drittel der Landtagsmitglieder zustimmen. Die Koalitionsfraktionen benötigen also Stimmen aus den Reihen der Opposition.



Fotos: S. Giersch



// Berufsakademie Sachsen – Staatliche Studienakademie Riesa // Foto: S. Floss

Jonas Böhm

Mehr als nur ein neuer Name

Die Berufsakademie Sachsen soll zur Dualen Hochschule aufgewertet werden

Nach Vorstellung der Sächsischen Staatsregierung soll die Berufsakademie Sachsen zur Dualen Hochschule werden. Der Gesetzentwurf sieht vor, die neue Hochschulform in die bestehende sächsische Hochschullandschaft einzugliedern. Dabei soll der Wesenskern der dualen Bildung, also das Zusammenspiel von akademischer und betrieblicher Ausbildung, beibehalten werden.

Ein kontrovers diskutiertes Thema der öffentlichen Anhörung war die Frage, ob die geplante Duale Hochschule eine Anwesenheitspflicht in Lehrveranstaltungen verlangen

// Am 4. Dezember 2023 befasste sich der Ausschuss für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus des Sächsischen Landtags im Rahmen einer Sondersitzung mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Berufsakademie Sachsen zur Dualen Hochschule Sachsen (Drucksache 7/14856). //

solle. Paul Steinbrecher, Sprecher der Konferenz Sächsischer Studierendenschaften, verwies auf die verringerte Möglichkeit für Studierende, sich im Falle einer Anwesenheitspflicht parallel zum Studium sozial oder politisch zu engagieren. Demgegenüber betonte Prof. Dr. Burkard Utecht, Präsident der Dualen Hochschule Gera-Eisenach, dass sich eine Anwesenheitspflicht positiv auf das Erreichen der Studienziele innerhalb der Regelstudienzeit auswirke.

Auch der Aspekt einer gesetzlich festgesetzten Mindestvergütung durch Praxispartner wurde intensiv diskutiert. Jenny Pollow, Gewerkschaftssekretärin der IG Metall Bezirksleitung

Berlin-Brandenburg-Sachsen, hob die Bedeutung einer solchen Regelung hervor, um sicherzustellen, dass auch Studierende ohne vermögende Eltern in der Lage seien, ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Gerade in den sozialen Berufen, die dringend Nachwuchskräfte benötigen würden, seien die gezahlten Gehälter oftmals unzureichend. Gegen eine solche Reglementierung sprach sich Prof. Dr. Frauke Deckow, Ständige Vertreterin des Präsidenten der Berufsakademie Sachsen, aus. Die Festsetzung einer Mindestvergütung könne Unternehmen, die überdurchschnittlich zahlen würden, dazu veranlassen, ihre Vergütungen nach unten zu korrigieren, sodass insgesamt ein

größerer Schaden als Nutzen für die Gesamtheit der Studierenden drohe.

Einig waren sich alle Sachkundigen, dass der Gesetzentwurf der Staatsregierung ein wichtiger Schritt sei, um den Hochschulstandort Sachsen im bundesweiten, aber auch im internationalen Wettbewerb zu stärken. So hob Michael Avram, Ausbildungsleiter der Vitesco Technologies GmbH in Limbach-Oberfrohna, hervor, dass die Unternehmen im Freistaat ein enormes Interesse an gut ausgebildeten Fachkräften hätten. Dabei sei es wichtig, Studienanfänger nicht nur in die großen Städte zu locken, sondern die Hochschulstandorte auf dem Land zu stärken, da hier zahlreiche potenzielle Arbeitgeber auf der Suche nach qualifiziertem Personal seien.

Der Wissenschaftsausschuss wird sich in einer seiner kommenden Sitzungen mit den Empfehlungen der Sachverständigen auseinandersetzen.

Wortprotokoll
der Anhörung



ZUM NACHLESEN

LAUFENDE GESETZGEBUNG

TITEL EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Gesetz zur Reform des Sächsischen Heimrechts Drs 7/14987 Staatsregierung	Mit der Reform des Heimrechts soll ein modernes, zukunftsfähiges Leitbild für den Lebensalltag pflege- oder betreuungsbedürftiger volljähriger Menschen in Einrichtungen und assistenzbedürftiger Menschen mit Behinderungen in gemeinschaftlichen Wohnformen geschaffen werden.	Überweisung an den Ausschuss für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (ffd.) und den Haushalts- und Finanzausschuss am 23. November 2023
Gesetz zur Anpassung des Rechts über den öffentlichen Gesundheitsdienst im Freistaat Sachsen Drs 7/15026 Staatsregierung	Den Gesundheitsämtern und Lebensmittelüberwachungs- und Veterinärämtern sollen, wo möglich, mehr Handlungsspielräume in der Aufgabenerfüllung eingeräumt werden. Zudem werden Regelungen zur Fach- und Rechtsaufsicht angepasst.	Überweisung an den Ausschuss für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt am 30. November 2023
Gesetz zur Förderung der Integration und Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund im Freistaat Sachsen Drs 7/15050 Staatsregierung	Mit dem Gesetz soll eine Rechtsgrundlage für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund geschaffen und die Integrationsstrukturen auf Landes- und kommunaler Ebene verbessert werden.	Überweisung an den Ausschuss für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt am 4. Dezember 2023
Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Sachsen und weiterer Gesetze Drs 7/15055 CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Zur Anpassung der Verfassung an die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung sollen insbesondere die Voraussetzungen zur Volksgesetzgebung erleichtert sowie der Schutz des Klimas als Staatszielbestimmung und das Diskriminierungsmerkmal der Behinderung aufgenommen werden.	1. Beratung sowie Überweisung an den Ausschuss für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung am 14. Dezember 2023
Gesetz zur Stärkung der Mitwirkung, Mitbestimmung und Interessenvertretung von Seniorinnen und Senioren im Freistaat Sachsen (Sächsisches SeniorInnenmitbestimmungsgesetz – SächsSenMitbestG) Drs 7/15080 DIE LINKE	Die Interessenvertretung und Mitbestimmung von Senioren soll durch die Bildung von Seniorenvertretungen auf kommunaler und Landesebene sowie Seniorenbeauftragte in den Landkreisen und Gemeinden ausgebaut werden.	1. Beratung sowie Überweisung an den Ausschuss für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (ffd.) sowie den Haushalts- und Finanzausschuss am 14. Dezember 2023
Fünftes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes Drs 7/15138 Staatsregierung	Ziel ist die Stärkung der Mitbestimmung und des Selbstorganisationsrechts der Personalvertretungen sowie die Schaffung der Rechtsgrundlagen zur Verwendung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien.	Überweisung an den Ausschuss für Inneres und Sport am 12. Dezember 2023
Gesetz zur Änderung des Waldgesetzes für den Freistaat Sachsen Drs 7/15174 AfD	Mit der Gesetzesänderung soll Reitern das gleiche Betretungsrecht auf Straßen und Waldwegen wie anderen Waldnutzern eingeräumt werden.	Eingegangen am 13. Dezember 2023

ABGESCHLOSSENE GESETZGEBUNG

TITEL EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Gesetz zur Änderung des Verwaltungsvollstreckungsrechts und weiterer verwaltungsverfahrenrechtlicher Vorschriften im Freistaat Sachsen Drs 7/11328 Staatsregierung	Zur Effektivierung der Verwaltungsvollstreckung werden Befugnisse der Vollstreckungsbehörden erweitert. Zudem sind im Kommunalabgabenrecht Erleichterungen für die Kommunen vorgesehen.	angenommen
Gesetz zur Verkürzung der Ladenöffnungszeiten und zur Verbesserung des Schutzes der Beschäftigten im Einzelhandel (Sächsisches Beschäftigtenschutzgesetz für den Einzelhandel) Drs 7/11340 DIE LINKE	Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollten Verkaufsstellen an Werktagen nur noch von 8 bis 20 Uhr öffnen dürfen. Zudem sollte die Beschäftigung an Sonn- und Feiertagen begrenzt und ausgeglichen werden.	abgelehnt
Viertes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Gesetzes über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz Drs 7/13269 Staatsregierung	Mit der Novelle werden im Koalitionsvertrag vereinbarte Maßnahmen zur Verbesserung der Schutz- und Rettungsdienste umgesetzt und dabei insbesondere Erkenntnisse aus der Praxis berücksichtigt.	angenommen
Gesetz zur Änderung der sächsischen Vollzugsgesetze Drs 7/14270 Staatsregierung	Die Haftbedingungen und Gefangenrechte in sächsischen Vollzugsanstalten werden verbessert. Zudem erfolgen datenschutzrechtliche Anpassungen.	angenommen
Sächsisches Gesetz zur Durchführung des Vierzehnten Buches Sozialgesetzbuch und weiterer Sozialer Entschädigungsgesetze (SächsDGSG XIV) Drs 7/14375 Staatsregierung	Nach Novellierung des SGB XIV werden weitere Zuständigkeiten für Aufgaben der Sozialen Entschädigung, bspw. für Opfer von Gewalttaten oder Kriegen, auf den Kommunalen Sozialverband übertragen.	angenommen
Zweites Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/958 Drs 7/14951 Staatsregierung	Im Gesetz über Volksantrag, Volksbegehren und Volksentscheid sowie im Sächsischen Heilberufekammergesetz werden die Vorgaben der EU-Richtlinie über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen berücksichtigt.	angenommen
Gesetz zur Einführung eines integrierten Bachelorgrades in der juristischen Ausbildung sowie zur Regelung von Datenübermittlungsbefugnissen der berufsständischen Versorgungswerke bei Auskunftsverlangen öffentlicher Stellen Drs 7/14952 CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Es werden die gesetzlichen Grundlagen für die Verleihung eines Bachelorgrades an Studierende der Rechtswissenschaft in Sachsen geschaffen. Zudem werden die Befugnisse zur Datenübermittlung landesrechtlich normiert.	angenommen

Die »Laufende Gesetzgebung« zeigt den Fortschritt in aktuellen Gesetzgebungsverfahren des Sächsischen Landtags an. Unter »Abgeschlossene Gesetzgebung« sind angenommene und abgelehnte Gesetzentwürfe aufgeführt. Stand: 18. Dezember 2023.



Foto: S. Floss

Dr. Daniel Thieme

Großer Wurf im Bevölkerungsschutz

Sachsen gibt sich ein modernes Katastrophenschutzgesetz

// Am 13. Dezember 2023 beschloss der Sächsische Landtag eine Reform des Katastrophenschutzes in Sachsen. Das Parlament stimmte dem »Vierten Gesetz zur Änderung des Sächsischen Gesetzes über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz« mit großer Mehrheit zu. In den vergangenen Monaten hatte es intensive Beratungen um eine Neufassung gegeben. //

Sachsen aufgebaut werden, um die Tageseinsatzbereitschaft besser abzusichern.

Neue Ereigniskategorie

In die Gesetzesnovelle seien unter anderem die Erfahrungen der Waldbrände des Jahres 2022 eingeflossen, betonte Kerstin Nicolaus, CDU. Neu im Gesetz sei die Ereigniskategorie der Großschadenslage, die sich zwischen die Feuerwehrlage und die Katastrophenlage einordne. Sie könne ausgerufen werden, wenn mehrere Gemeinden beispielsweise von Hochwasser oder Sturm betroffen seien. Dann sei es möglich, dass der Kreisbrandmeister den Einsatz leite.

Lars Kuppi, AfD, lobte die Beteiligung während des parlamentarischen Gesetzgebungsprozesses. Dies schlage sich in zahlreichen Änderungen des ursprünglichen Entwurfs nieder. Klar geregelt sei unter anderem bei Großbränden die Frage der Einsatzleitung sowie die der Finanzierung entsprechender Einsätze. Der Freistaat könne fortan den kreisangehörigen Städten und Gemeinden Hilfen gewähren, die durch den Einsatz ihrer Feuerwehren entstünden.

Umfassende Reform

Dass dieses Gesetz in dieser Form vorliege, sei eine große Leistung, betonte Mirko Schultze, DIE LINKE. Ihm und seiner Fraktion gehe es trotzdem nicht weit genug. So sei etwa für die Brandschutzbedarfsplanung nicht festgelegt, wie lang sie gelte. Das Modellprojekt Telemedizin sollte eigentlich längst selbstverständliche Praxis sein. Die Ausbildung von Kameradinnen und Kameraden der freiwilligen Feuerwehr müsse auf ein deutlich höheres Niveau gestellt werden.

Diese Neufassung sei keine Revolution, aber allemal eine bemerkenswerte und umfassende Reform, so Valentin Lippmann, BÜNDNISGRÜNE. Das Gesetz mache den Brandschutz fit für die Zukunft, stärke den Rettungsdienst und verbessere den Katastrophenschutz in Sachsen. Es verbessere die Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen den Kommunen. Ebenso könnten zukünftig Stützpunktfeuerwehren in

Stärkung der Helfer

Albrecht Pallas, SPD, hob hervor, dass mit der Neufassung des Gesetzes die Arbeitsbedingungen für alle haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer deutlich verbessert würden. Außerdem stärke es das Innovations- und Entwicklungspotenzial für einen höheren Schutz und die medizinische Hilfe der Bevölkerung in Sachsen. Spontanhelferinnen und -helfer sowie Kriseninterventionsteams würden besser in die Strukturen des Katastrophenschutzes einbezogen.

Innenminister Armin Schuster, CDU, resümierte, dass sich die immensen Arbeitsstunden und Abstimmungsrunden gelohnt hätten. So habe ein fairer Ausgleich von stark unterschiedlichen Interessen stattgefunden. Im Ergebnis seien die richtigen Standards gesetzt worden. Es habe für alle Seiten lohnende Kompromisse gegeben. Schließlich könne mit Stolz attestiert werden, dass Sachsen

fortan bundesweit eines der modernsten Gesetze im Bereich Bevölkerungsschutz habe.



Leben Jüdinnen und Juden bei uns noch sicher?



Foto: T. Schlorke

// Der Gesprächskreis im Ständehaus am 15. November 2023 hätte aktueller kaum sein können. Etwas mehr als einen Monat nach dem Terrorangriff der Hamas in Israel und zahlreichen antisemitischen Demonstrationen weltweit beschäftigte sich das Dialogformat »Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus« mit dem wachsenden Antisemitismus. //



»Es ist sehr beklemmend und erschütternd«

Gesprächskreis zu jüdischem Leben und Antisemitismus

Dr. Thomas Schubert

// Die Massenmorde in Israel durch die islamistische Terrororganisation Hamas am 7. Oktober 2023 lösten einerseits weltweite Solidaritätsbekundungen mit Israel und dem jüdischen Volk aus, andererseits folgte auf sie eine neue Welle des Antisemitismus. Den Ursachen des Judenhasses und den Auswirkungen auf das jüdische Leben in Deutschland und Europa ging am 15. November 2023 ein Gesprächskreis im Dresdner Ständehaus nach. //

»Ich bin sehr skeptisch, dass jenseits dieser Erschütterungen, die wir in diesen Tagen erleben, über den Anlass hinaus das gesamte Spektrum der Gefahren beachtet wird. Ich hoffe, ich irre mich.« Mit diesen Worten beendete der Historiker Prof. Dr. Michael Wolffsohn seine nachdenkliche Rede. Bis zum 7. Oktober 2023, so Wolffsohn, habe als Hauptquelle des Antisemitismus in Deutschland und Europa der alte und neue Rechtsextremismus gegolten. Jedoch warne er davor, die anderen Quellen der Judenfeindlichkeit, deren historische Entwicklung er ebenfalls skizzierte, zu übersehen. »Indem man immer nur auf eine Ausprägung des Antisemitismus konzentriert und fokussiert ist, übersieht man zwei andere: Es gibt erstens den Rechtsextre-

mismus, zweitens den Linksextremismus und drittens den Islamismus«, so Wolffsohn.

Hauptquellen des Antisemitismus

Die letztgenannte Spielart, der islamische Antisemitismus, habe sukzessive an Kraft gewonnen, sei aber von offizieller Seite weithin ignoriert worden. Dabei zeigten Umfragen unter europäischen Juden seit zwei Jahrzehnten, dass die Hauptgefahr von islamischen Extremisten ausgehe. Mit Blick auf die demografischen Veränderungen in Europa und die Flüchtlingspolitik sagte Wolffsohn: »Wer Menschen importiert, importiert Menschen mit ihren Hoffnungen, ihren Lieben, ihrem Hass und ihren Sorgen. Und das bedeute

natürlich erstens den Import des Islam, auch mit seinen anti-jüdischen Traditionen, und zweitens den Nahost-Konflikt.« Europa sei daher spätestens seit den 1980er-Jahren eine Nebenfront aller Nahost-Konflikte. Zudem fungiere der heutige Linksextremismus als »Legitimator« der islamistischen Gewalt gegen Juden.

Wolffsohn wandte sich dabei auch gegen die häufig zu vernehmende Behauptung, Antisemitismus sei von Antisraelismus bzw. Antizionismus zu unterscheiden. Im Gegenteil, Antisraelismus sei Antisemitismus, da einzig Israel ein sicherer Zufluchtsort für Juden aus aller Welt sei. Israel garantiere den Juden die innere Unabhängigkeit von irgendeiner Mehrheit und damit ihre Existenz. Falle diese innere Zuflucht weg oder

werde sie abgesprochen, gefährde dies fundamental die Existenz der Juden, so Wolffsohn.

Bildung und »Herzensbildung«

Im Kampf gegen den Antisemitismus, so der frühere Hochschul-lehrer, sei Bildung ein sehr wichtiges Mittel – politische Bildung, kulturelle Bildung, historische Bildung. Umso mehr erschüttere ihn, was weltweit an den Universitäten geschehe. Hier gebe es antiisraelische und anti-jüdische Proteste, bis hin zu körperlicher Gewalt gegen Juden. Auch der Blick auf die politische Rolle von Bildungseliten sei »niederschmetternd«. Formelle Bildung sei eben kein Allheilmittel. Notwendig sei auch eine »Herzensbildung«.

// Unten: Prof. Dr. Michael Wolffsohn // Fotos: T. Schlorke



// Dr. Matthias Röbler



Gesprächskreis als Video

Entschiedenenes Vorgehen gegen Antisemitismus nötig

Zuvor hatte Landtagspräsident Dr. Matthias Röbler in seiner Begrüßungsansprache keinen Zweifel daran gelassen, dass Landtag und Staatsregierung unverbrüchlich an der Seite Israels, an der Seite des jüdischen Volkes stehen. Es sei zutiefst beschämend, dass Jüdinnen und Juden heute in Teilen von Deutschland und Europa wieder in Angst lebten und ihr Judentum in der Öffentlichkeit verbergen müssten. Klar appellierte er: »Gehen wir als Demokraten dagegen vor – wo und wie es nur geht!« Das jüdische Leben in Deutschland müsse sicher sein. »Hier dürfen wir nicht lockerlassen! Nicht die Sicherheitsbehörden, nicht die Justiz, nicht die Bürgergesellschaft! Schon gar nicht dürfen die politisch Verantwortlichen die Augen vor Fehlentwicklungen verschließen.« Im Freistaat Sachsen, so Röbler, seien die Maßnahmen zum Schutz jüdischer Einrichtungen nach dem 7. Oktober umgehend erhöht worden. Ebenso habe sich das

Kabinett mit Vertretern der jüdischen Gemeinden getroffen.

Authentische Perspektiven

Die nachfolgende Podiumsdiskussion, moderiert von Alexandra Gerlach, bewertete die Ereignisse aus verschiedenen Perspektiven. So berichtete Katrin Ikhilman, Studentin der Universität Leipzig und Mitglied der Israelitischen Religionsgemeinde Leipzig, von den Ängsten jüdischer Menschen in Sachsen. »Es ist sehr beklemmend und erschütternd, weil auch viele junge jüdische Menschen sich hier immer sehr wohlfühlt haben. Es gibt den altbekannten Antisemitismus im Alltag, den man kennt, dass man vor-

sichtig sein sollte, wenn man einen Davidstern trägt, wenn man eine Kippa trägt. Aber ich konnte mir nie vorstellen, dass ich mir Gedanken darum machen muss, was ich zur Universität anziehe, ob man mir irgendwie ansieht, dass ich aktives Mitglied der Jüdischen Gemeinde bin.«

Der Beauftragte der Staatsregierung für das jüdische Leben, Dr. Thomas Feist, betonte noch einmal die Pflicht des Staates, jüdisches Leben in Sachsen zu schützen. Selbstverständlich führe das aber auch zu einer Verunsicherung der jüdischen Sachsen. Polizeischutz weise schließlich auch auf die Gefährdung hin. Davon unabhängig müsse man offensiver all jene starkmachen, die sich den Themen »jüdisches Sachsen« und »Antisemitismus« zuwenden.

Es gebe in Sachsen über 50 Initiativen, die sich mit dem jüdischen Leben beschäftigen. »Die Zivilgesellschaft spielt hier eine entscheidende Rolle, und wie wir diese, auch mit Unterstützung der Politik, stärken können.«

Den Blick ins Nachbarland bot Dr. Tomáš Kraus von der Föderation der Jüdischen Gemeinde in Tschechien. In der Tschechischen Republik sei die jüdische Gemeinschaft sehr klein. Es gebe 3 000 registrierte Mitglieder in zehn jüdischen Gemeinden, wobei er von bis zu 20 000 Jüdinnen und Juden in seinem Land ausgehe. Generell erfahre die jüdische Gemeinschaft gegenwärtig eine enorme Unterstützung. Die vergangenen 30 Jahre seien ohnehin eine »goldene Zeit« für die jüdische Gemeinschaft in Tschechien gewesen, nahezu frei von Antisemitismus. So gebe es nur eine kleine islamische Gemeinschaft, weshalb sich die Lage ganz anders als in Westeuropa darstelle. Dort laufe man den Ereignissen hinterher. In Europa sei viel gegen Antisemitismus gemacht worden, wohlgleich zu spät.

DIALOG – Heft 14

Im Rahmen der Reihe »Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus« referierte am 16. Juni 2023 Prof. Dr. Michael Gehler zum Thema »Sehnsucht Freiheit – der 17. Juni 1953 im mitteleuropäischen Kontext«. Sein Vortrag und die anschließende Diskussion sind als Dokumentation zum Nachlesen erschienen.

BESTELLUNGEN UNTER:
www.landtag.sachsen.de/publikationen
publikation@slt.sachsen.de



Jerome Hennersdorf

Advent im Parlament

// In der Woche vor dem ersten Advent hielt im Sächsischen Landtag die Weihnachtsstimmung Einzug. Mit dem Aufstellen von drei großen Weihnachtsbäumen und der erzgebirgischen Pyramide wurde die Adventszeit im Parlament eingeläutet. //

Ende November begann der Aufbau der 4,50 Meter hohen Weihnachtspyramide im Altbaufoyer des Landtags. Die kunstvolle Holzarbeit wurde 2018 gefertigt. Drei Tage vor dem ersten Advent setzte sie Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler feierlich in Schwung. Anschließend nahm er im Landtagsneubau einen dekorativen Weihnachtsbaum in Empfang. Die Rotfichte überreichte in Anwesenheit der Mitglieder des Ausschusses für Energie, Klima, Umwelt und Landwirtschaft der Sächsische Waldbesitzerverband. Sein Vorsitzender, Georg Lindner, wies anlässlich der Übergabe auf die Schwierigkeiten der Waldbesitzer in den aktuellen Zeiten hin. Weitere Weihnachtsbäume schmückten den Landtagsvorplatz sowie den Innenhof.

Wer am 13. Dezember 2023 durch das Foyer des Altbaus ging, konnte den Duft von Räucherkerzen und Stollen riechen, denn auch in diesem Jahr besuchten wieder verschiedene Bäckerreien des Stollenverbandes Erzgebirge den Landtag. Erneut war es die Aufgabe des Landtagspräsidenten, einen Zehn-Pfund-Stollen feierlich anzuschneiden. Um die Adventsstimmung abzurunden, erklangen Lieder, wie »O du fröhliche« und »Alle Jahre wieder«. Das Oederaner Nachwuchsorchester »New Generation« lud die anwesenden Abgeordneten und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung zum Mitsingen ein. Den weihnachtlichen Reigen beschloss die Stadtfeuerwehr Dresden. Sie brachte wenige Tage vor Heiligabend das Friedenslicht aus Bethlehem in den Landtag.

4,50

4,50 Meter hoch ist die Weihnachtspyramide im Landtag.

53137

In einer Saison dreht sie sich 53137 mal um die eigene Achse.

24

24 Kerzen leuchten auf der kunstvollen Handarbeit.

14

14 Figuren sind auf den drei Etagen angeordnet.

ZAHLEN UND FAKTEN ZUR WEIHNACHTSPYRAMIDE IM LANDTAG

Fotos: T. Schlorke

Fotos: N. Millauer



Ehrenamt schafft Zusammenhalt

// Sie sind die Stütze des gesellschaftlichen Lebens in Sachsen. Dennoch wird ihre wertvolle Arbeit mitunter kaum wahrgenommen: Ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in vielen Bereichen für den Freistaat. Ein Empfang im Landtag würdigte ihr überaus vielfältiges Engagement. Eine Auszeichnung im Parlament erhielten Anfang Dezember auch die besten sächsischen Integrationsprojekte des Jahres 2023. //

Foto: O. Killig





Fotos: O. Killig

»Nicht wegzudenkende Stütze unserer Gesellschaft«

Katja Ciesluk

Ehrenamtsempfang im Parlament

// Der Sächsische Landtag und das sächsische Sozialministerium haben ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger am 2. Dezember 2023 in das Parlament eingeladen. Gemeinsam würdigten Landtagsvizepräsidentin Andrea Dombois und Sozialministerin Petra Köpping damit das vielfältige Engagement von Menschen aus allen Regionen Sachsens. Anlass der jährlichen Auszeichnung ist der Internationale Tag des Ehrenamts am 5. Dezember. //

Sie begleiten Trauernde, engagieren sich in der freiwilligen Feuerwehr, geben Deutschkurse für Flüchtlinge, tauchen als Lesepaten mit Kindern in die Welt der Geschichten ein oder haben allmorgendlich als Schulweghelfer einen Blick darauf, dass die Kleinsten sicher zur Schule kommen. Stellvertretend für die vielen Menschen, die sich im Freistaat freiwillig engagieren, erhielten rund 60 Frauen und Männer als Zeichen der Wertschätzung neben der Einladung ins Parlament eine Urkunde.

»Sie sind eine nicht wegzudenkende Stütze unserer Gesellschaft«, brachte Landtagsvizepräsidentin Andrea Dombois mit anerkennenden Worten die Verdienste der Anwesenden auf den Punkt. Als »Kitt unserer Gesellschaft« bezeichnete Sozialministerin Petra Köpping das ehrenamtliche Engagement. Dies sei besonders in Zeiten, in denen eine Krise auf die andere folge, von großer Bedeutung.



// Andrea Dombois und Petra Köpping überreichen die Ehrenurkunden

Die Ehrung erfolgte in den fünf Kategorien Begleiten, Bewegen, Beschützen, Bewahren und Befähigen. Einer etablierten Tradition nach, wirkte auch in diesem Jahr das Gymnasium Dresden-Bühlau wieder maßgeblich an der Ausgestaltung der Veranstaltung mit. Die Schülerinnen und Schüler erarbeiteten im Rahmen eines Unterrichtsprojektes Laudationes und stellten im Plenarsaal pro Rubrik eine Person und

deren Wirken vor. Für die passende musikalische Umrahmung der Feierstunde sorgte das Crossover-Ensemble des Gymnasiums.

Im Anschluss an die Würdigung kamen Landtagsvizepräsidentin Andrea Dombois und Sozialministerin Petra Köpping mit den Gästen ins Gespräch und bedankten sich persönlich für deren vielfältiges bürgerschaftliches Engagement.



<https://www.ehrenamt.sachsen.de/ehrenamtskarte.html>



SÄCHSISCHE EHRENAMEKARTE

- Wertschätzung für bürgerschaftliches Engagement im Freistaat
- Zahlreiche Kooperationspartner bieten Vergünstigungen, zum Beispiel beim Besuch von Schwimmbädern, Schlössern und Museen.
- Kann in jeder sächsischen Kommune beantragt werden, Trägerorganisationen müssen Engagement bestätigen.



Fotos: O. Killig

»Auf dem Land ist es immer schwieriger«

Spitzenwert: 82 Bewerbungen um den Sächsischen Integrationspreis 2023

Markus Guffler

// Die drei Preisträger kommen aus Borna, Großenhain und Königstein und wurden am 4. Dezember 2023 im Plenarsaal für ihr besonderes Engagement geehrt. //

Geert Mackenroth merkte man seine Zufriedenheit am Ende der Preisverleihung im Plenarsaal an. Mehr Projekte denn je hatten sich am 14. Wettbewerb um den Sächsischen Integrationspreis beteiligt. Eine Auszeichnung ging unter anderem an ein mittelständisches Unternehmen, was für eine zunehmend bessere Arbeitsmarktintegration spreche. Andererseits bedauerte der Sächsische Ausländerbeauftragte die weißen Flecken in den Regionen, also jene Gebiete in Sachsen, aus denen keine Vorschläge für den Integrationspreis 2023 eingereicht worden waren.

»Integration außerhalb der Zentren zu etablieren, ist ungleich schwieriger«, resümierte Mackenroth.

Er verwies auf lange Wege zu Beratungsstellen, zu Ärzten, Schulen, Kitas oder Arbeitgebern. Hinzu käme oft mehr Skepsis als in den traditionell offeneren Großstädten. »Da ist die Unbekanntheit des Anderen, mitunter Fremden, die einem entgegenschlägt. Da ist Graswurzelarbeit notwendig und die ist mühsam und mutig.« Er sehe, dass es Gegenden gibt, in denen größere Teile der Einwohnerschaft Zuwanderung und Integration ablehnten. Diese Menschen müssten lernen, wie viel Zukunft junge Familien in entlegene Orte bringen könnten.

Schwerpunkt des aktuellen Wettbewerbes waren nachhaltige Integrationsprojekte sowie Initiativen, die zur Selbsthilfe anregen. Die Jury nominierte aus allen Vorschlägen 15 Pro-

jekte für den Preis. Alle Bewerber wurden zur Preisverleihung eingeladen. Das Preisgeld betrug dreimal 3.000 Euro.

Hilfe beim heimisch werden, bei der Ausbildung und im Alltag

Die Laudatio auf den Bienvenue e.V. hielt Bornas Oberbürgermeister Oliver Urban. Der Verein unterstützt seit 2021 potenzielle ausländische Fachkräfte und ihre Familien. Gefördert werde die persönliche, berufliche und gesellschaftliche Integration. Zuwanderer, Unternehmen und die Gesellschaft könnten davon profitieren.

Sylvia Pfefferkorn vom Wirtschaft für ein weltoffenes Sachsen e.V. laudatierte für das



// Geert Mackenroth

Elektro Zentrum Großenhain. Die Energie- und Gebäudetechniker bildeten seit über zehn Jahren erfolgreich zugewanderte Menschen aus unterschiedlichsten Herkunftsländern aus. Nach der Ausbildung würden sie übernommen und dauerhaft im Unternehmen integriert.

Die Marwa-El-Sherbini-Stipendiatin Flaurita Maffokang hielt die Laudatio auf die Königsteiner »Werkstatt 26«. Der Treff besteht seit dem Jahr 2019 und ist ein lebendiges Zentrum der Begegnung. Die Zugewanderten würden hier nicht nur Hilfe erfahren, sondern selbst zu aktiven Helfern werden. Dieser Ort verbinde Hilfesuchende und Unterstützer. Er ermögliche es Geflüchteten, sich zu engagieren und aktive Mitglieder der Gesellschaft zu werden.

// rechts: Andrea Dombois, Petra Köpping und Geert Mackenroth gratulieren den Preisträgerinnen von »Werkstatt 26«.



Lia Vosgerau

GESCHICHTE VOR DER EIGENEN HAUSTÜR

Junge Spurensucher aus Sachsen zeigen ihre Geschichtsprojekte im Landtag

// Am 23. und 24. November 2023 fanden die Jugend-Geschichtstage im Sächsischen Landtag statt. Bereits zum 19. Mal präsentierten dabei Schülerinnen und Schüler ihre eigenen regionalen Geschichtsarbeiten. In Workshops, Gesprächen und weiteren Bildungsangeboten lernten sie zudem vielfältige Aspekte der sächsischen Landesgeschichte kennen. //

Eine Zeitreise durch die Geschichte Sachsens, die Menschen bewegt: Erzählungen, die aus Archiven, alten Gemäueren, Fotografien, Tagebüchern, Zeitungsartikeln, Erfahrungsberichten und Erinnerungen erlebbar gemacht werden. Sachsen zur Zeit des sächsischen Kurfürstentums im 16. Jahrhundert. Die Kolonisation der Wolgaregion im 18. Jahrhundert. Ausgrabungen, Heimatforschung, Beständigkeit von Kirchenhäusern über die Jahrhunderte. Sachsen im Nationalsozialismus. Krieg, Flucht, Verfolgung. Und die Zeit nach 1945. Jugend in der DDR. Junge Menschen in Jugendwerkhöfen. Das sind nur einige Themen aus den zahlreichen Geschichtsprojekten, mit denen sich Jugendliche in diesem Jahr befasst haben. Zum 19. Mal trafen sie sich zu den Jugend-Geschichtstagen am 23. und 24. November 2023 im

Sächsischen Landtag, um die vielfältigen Geschichtsprojekte aus ihren Regionen zu präsentieren.

18 Geschichtsprojekte wurden verwirklicht

Die Sächsischen Jugendgeschichtstage sind der Höhepunkt des Jugendprogramms »Spurensuche« der Sächsischen Jugendstiftung. In diesem gehen Jugendgruppen auf historische Forschungsreise. In Kooperation mit dem Sächsischen Landtag werden die Jugendgeschichtstage als zweitägige Veranstaltung ausgerichtet. Jedes Jahr fiebern die Projektgruppen darauf hin. Es ist immer wieder ein besonderes Ereignis, die bunten Projektstände mit den vielfältigen Ergebnissen zu sehen: Ausstellungen wurden konzipiert, Filme und Podcasts hergestellt

und Zeugnisse vergangener Zeiten mitgebracht. In diesem Jahr spürten insgesamt 18 Jugendgruppen Geschichte vor ihrer Haustür auf und engagierten sich so für ihren Heimatort.

Bildungsangebote am ersten Tag

Die Jugendlichen hatten am ersten Tag die Möglichkeit, an Bildungsangeboten teilzunehmen. Ein Workshop der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau fokussierte sich auf die Erfahrungen Jugendlicher in ehemaligen Umerziehungsheimen des DDR-Systems. In der mobilen Ausstellung BLACKBOX HEIMERZIEHUNG, die als umgebauter Seecontainer vor dem Landtag stand, konnten vertiefende Einblicke gewonnen werden. In einem weiteren Workshop wurden Rassismus und rechte Gewalt in der DDR und Ostdeutschland nach 1990 anhand eines Dokumentarfilms über Jorge Gomondai thematisiert. Im Anschluss kam es zu einem Gespräch mit zwei Zeitzeugen.

Öffentliche Präsentation und Preisverleihungen

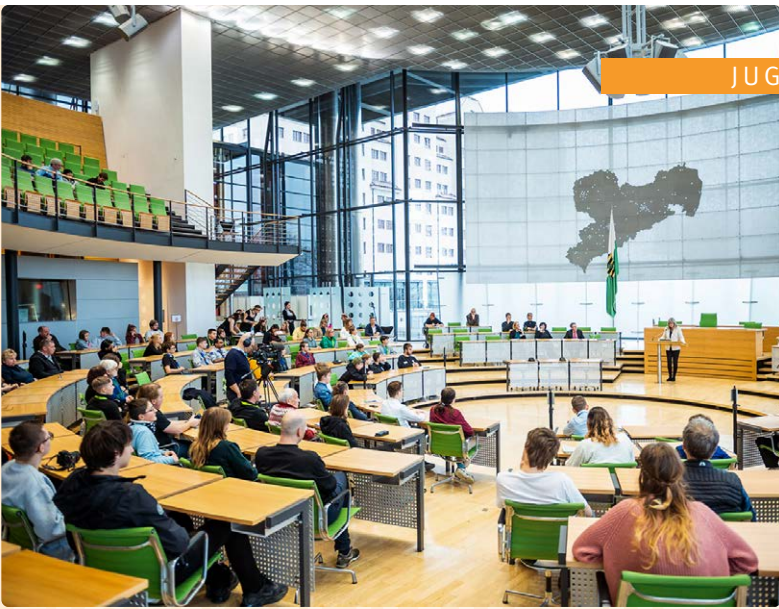
Mit der Eröffnung des Projektmarkts am Freitag wurde es mit rund 210 Spurensuchern sowie jungen und älteren Gästen bunt im Landtag. Begrüßende Worte sprachen die Erste Vizepräsidentin des Sächsischen Landtags Andrea Dombois, Thomas Früh aus dem Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt und Andrea Büttner von der Sächsischen Jugendstiftung. Im Anschluss präsentierten junge Frauen aus der Oberlausitz ihr Projekt mit einer Performance und selbst geschriebenen Bühnentexten im Plenarsaal. Ein weiterer Höhepunkt war die Verleihung von drei Jugendgeschichtspreisen durch die Fachjury und einem Publikumspreis am Nachmittag als Abschluss der Jugendgeschichtstage. Über einen Preis konnte sich unter anderem die Jugendgruppe des Projektes »Was hat Görlitz für eine Verbindung zu Anne Frank?« freuen. Weitere Auszeichnungen gingen an die Jugendlichen der »Wohngruppe am Teichhaus« der Sozialinitiative Kuschnik in Radeburg sowie an das Jugend- und Kulturzentrum »Alte Brauerei Annaberg e.V.«.



WEITERE INFORMATIONEN

www.saechsische-jugendstiftung.de/jugendgeschichte

JUGEND



// Performance von LOST POETAS // Fotos: T. Schlorke



// Thomas Früh



// Andrea Dombois



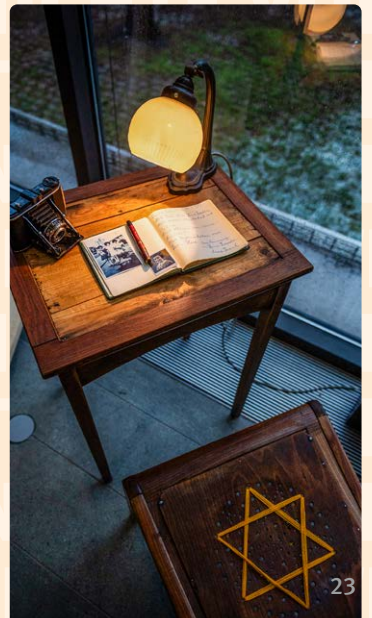
// Andrea Büttner



// Gespräch mit Projektteilnehmerinnen



// Ausstellung der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau auf dem Landtagsvorplatz



Landtagspräsident trifft türkischen Generalkonsul

Zum Antrittsbesuch empfing Landtagspräsident Dr. Matthias Röbller am 8. Dezember 2023 den Generalkonsul der Republik Türkei, İlker Okan Şanlı, im Ständehaus. Zu Beginn des Gesprächs trug dieser sich in das Gästebuch des Sächsischen Landtags ein. İlker Okan Şanlı vertritt sein Land seit September 2023 als Generalkonsul in Deutschland.



Austausch mit der Vorsitzenden des tschechischen Abgeordnetenhauses

Landtagspräsident Dr. Matthias Röbller traf am 27. November 2023 mit der Präsidentin des Abgeordnetenhauses der Tschechischen Republik, Markéta Pekarová Adamová, zu einem Gespräch zusammen. Dabei ging es unter anderem um die Zusammenarbeit zwischen Sachsen und Tschechien, etwa in der Form von wirtschaftlichen Kooperationen. Zum Auftakt des Treffens trug sich die Parlamentsvorsitzende in das Gästebuch des Sächsischen Landtags ein. Den Besuch von Markéta Pekarová Adamová in Dresden begleitete unter anderem die Vizeministerin für Wissenschaft, Forschung und Innovation in Tschechien, Jana Havlíková.



Zwei lesenswerte Publikationen erschienen

Die Konferenz des Forums Mitteleuropa am 23. Mai 2023 in Prag liegt nun auch als bebilderte Dokumentation vor. Der erste Teil der zweisprachigen Broschüre (Deutsch/Tschechisch) widmet sich dem Thema »Mitteleuropas Wirtschaft in der Zeitenwende – Gefahren und Chancen«. Im zweiten Teil steht die Frage »Mitteleuropas Gesellschaften in unsicheren Zeiten – Stabilität und Wandel« im Zentrum.

Ebenfalls erschienen ist die Publikation zur Feierstunde am Tag der Deutschen Einheit 2023 im Sächsischen Landtag. Die Broschüre enthält unter anderem die Festrede des Bürgerrechtlers und ehemaligen sächsischen Innenministers Heinz Eggert. Anhand seiner persönlichen Erlebnisse als Zeitzeuge rekapitulierte Eggert die Ereignisse in den Jahren 1989/90 eindrucksvoll und appellierte an die Bürger, sich für Demokratie einzusetzen.

Diese und weitere Publikationen können per E-Mail unter publikation@slt.sachsen.de oder über die Internetseite des Sächsischen Landtags kostenfrei bestellt werden.



www.landtag.sachsen.de/publikationen



www.landtag.sachsen.de/veranstaltungen



Der Sächsische Landtag auf X:
x.com/sax_lt
und auf Instagram:
[instagram.com/sachsen_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

Weitere Plenarsitzungen sind vorgesehen am:

31.01. – 01.02.2024
20.03. – 21.03.2024
02.05. – 03.05.2024
12.06. – 13.06.2024

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf www.landtag.sachsen.de.

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausgestrahlt.

Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen

CDU
Tel. 0351 493-5601
AfD
Tel. 0351 493-4201
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
BÜNDNISGRÜNE
Tel. 0351 493-4800
SPD
Tel. 0351 493-5700

Besucherdienst

Anmeldungen für Digital- und Präsenzfürhungen sowie Planspiele nehmen wir unter Tel. 0351 493-5132 entgegen.

Bürgerfoyer

Ausstellung »DAS PARLAMENT DER SACHSEN« sowie Wechselausstellungen:
Mo. bis Fr. von 9 bis 18 Uhr

Offene Führungen

ohne Anmeldung, jeden 1. und 3. Freitag im Monat, 17 bis 18 Uhr

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter www.landtag.sachsen.de/de/mediathek-und-publikationen/publikationen/landtagskurier

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlwerbenden – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Publikationsbestellung und Leserbriefe

SÄCHSISCHER LANDTAG
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,
Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133, publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de/publikationen

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Röbller vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Jerome Hennersdorf, Rüdiger Soster, Heiner Ridder, Janina Wackernagel (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s.o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Tauscherstraße 44, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 08.01.2024 | Gastautoren: Jonas Böhm, Markus Guffler (Sächsischer Landtag), Lia Vosgerau (Sächsische Jugendstiftung)

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten. Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Das im Landtagskurier genutzte generische Maskulinum meint stets alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht. Die platzsparende Schreibweise dient ferner der besseren Lesbarkeit.



FSC® C015385